



Energiewende schafft Wachstumspotenziale für Ostdeutschland

Energiewende schafft Wachstumspotenziale für Ostdeutschland
Der Bundesbeauftragte für die Neuen Bundesländer und Parlamentarische Staatssekretär Dr. Christoph Bergner hat heute im Fraunhofer IWM in Halle die von ihm in Auftrag gegebene Studie "Auswirkungen der Energiewende auf Ostdeutschland" vorgestellt. Demnach ist Ostdeutschland Vorreiter bei der Umsetzung der Energiewende sowie Nettostromexporteur. Dies hängt im Wesentlichen mit dem Strommix zusammen, der im gesamtdeutschen Vergleich mit bereits rund 29 Prozent einen überdurchschnittlichen Anteil an Erneuerbaren Energien aufweist. Die Autoren des Deutschen CleanTech Instituts DCTI und EuPD Research zeigen in ihren Analysen aber auch auf, dass der starke Ausbau der Erneuerbaren Energien in den östlichen Bundesländern erhebliche Herausforderungen mit sich bringt, die es im Sinne einer wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlich tragbaren Umsetzung der Energiewende zu meistern gilt. Dazu erklärt Dr. Bergner, es gehe um eine vernünftige Integration erneuerbarer und konventioneller Energieträger und nicht darum, immer neue Ausbau rekorde bei den Erneuerbaren Energien zu erzielen. Gerade die ostdeutsche Braunkohle müsse in diesem Kontext (Grundlastsicherung) gesehen werden. Braunkohle sei auch vor dem Hintergrund ihrer stofflichen Nutzbarkeit mit Blick auf den Chemiestandort Mitteldeutschland von besonderer Bedeutung. "Bürger und Unternehmen in Ostdeutschland dürfen durch die Energiewende nicht über Gebühr belastet werden", so Dr. Bergner weiter. Die Studie belegt, dass die dortigen Netzentgelte im Durchschnitt über den westlichen Vergleichswerten liegen. Herr Dr. Bergner fordert daher: "Der Osten darf nicht die Zeche zahlen! Im Sinne gleicher Standortbedingungen und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien in den Neuen Bundesländern müssen die Strompreise bezahlbar bleiben. Der Netzausbau und die Speicherkapazität stellen entscheidende Stellschrauben für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Ostdeutschland dar. Denn der Strom aus Erneuerbaren Energien muss aus dem Osten in die großen Verbrauchszentren im Westen und Süden der Republik transportiert werden können und er muss auf lange Sicht speicherbar sein." Die Studie bescheinigt gerade in diesen Bereichen Ostdeutschland große wirtschaftliche Perspektiven. In diesem Kontext würdigt Dr. Bergner das von Dr. Christoph Mühlhaus, Sprecher des Clusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland, vorgestellte HYPOS-Initialkonzept. HYPOS ist eines von 10 Projekten, das im Rahmen des Programms "Zwanzig20 - Partnerschaft für Innovation" des Bundesforschungsministeriums gefördert wird. Dieses Projekt zielt darauf ab, überschüssigen Wind- und Solarstrom industriell in den speicherfähigen Energie-träger Wasserstoff umzuwandeln. Es belegt damit im Sinne der Studie die Chancen und Möglichkeiten für den Industriestandort Ostdeutschland. Diese Möglichkeit der Energiespeicherung kann aus Sicht der HYPOS-Projekttäger die Energiewende entscheidend voran bringen und nachhaltige Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte im mitteldeutschen Chemiedreieck ermöglichen. Die Studie "Auswirkungen der Energiewende auf Ostdeutschland" ist unter www.beauftragter-neue-laender.de abrufbar.
Bundesministerium des Innern (BMI)
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023/-1089
Telefax: +49 30 18681-1083
Mail: presse@bmi.bund.de
URL: <http://www.bmi.bund.de>

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.